

An das
Bundesministerium
für Bildung, Wissenschaft und Forschung
Ao. Univ.-Prof. Dr. Martin Polaschek

und die
Bildungsdirektionen der Länder



Schloss Laubegg, am 26. März 2024

Stellungnahme der Fachtagung Freinetpädagogik Österreich 2024

Vom 22.-26. März 2024 trafen sich rund 90 internationale Freinet-Pädagog:innen auf Schloss Laubegg in der Steiermark zur jährlich stattfindenden österreichischen Fachtagung Freinetpädagogik.

Als Freinet Pädagog:innen bekennen wir uns zu einem qualitativ hochwertigen, öffentlich finanzierten inklusiven Bildungssystem für alle Kinder und Jugendlichen, in dem Parteipolitik keine Rolle spielt. Dieses Bekenntnis erwarten wir uns auch von zukünftigen Regierungen.

Mit dem neuen Lehrplan hat der österreichische Gesetzgeber der Schule einen breiten Bildungsauftrag erteilt.

Mit der Ratifizierung der UN Kinderrechtskonvention (1992), der UN Behindertenrechtskonvention (2008) sowie der Agenda 2030 (2015) ist Österreich die Verpflichtung eingegangen, diese zur Umsetzung zu bringen.

Die Freinetpädagogik setzt sich seit Jahrzehnten mit großem Einsatz und oft unter erschwerten Bedingungen für diese Forderungen ein.

Um unserem gesetzlich vorgeschriebenen Bildungsauftrag nachkommen zu können und das Schul- und Bildungswesen durch unser pädagogisches und gesellschaftliches Engagement zu verbessern, fordern wir:

- Rahmenbedingungen, in denen Inklusion nicht als Sparpaket missbraucht wird und qualitätsvolle Bildung tatsächlich gelingen kann, eine Klassengröße bis höchstens 20 Kinder mit einem Team von 2 Pädagog:innen, genügend Räume und entsprechende Ausstattung der Schulgebäude. Multiprofessionelle Teams, in denen alle Mitwirkenden gut ausgebildet, ohne Kettenverträge angestellt und natürlich angemessen bezahlt werden, um in Teamarbeit mit den Pädagog:innen alle Bereiche des Schulalltags abdecken zu können: dazu gehören sozio-emotionale Unterstützung, medizinische Betreuung, therapeutische Unterstützung, Schulsozialarbeit, Freizeitpädagogik, Schulassistenten, Administrative Unterstützung, Schulküchenpersonal, Schulfürsorge ...
- Das Recht auf ein 11. und 12. Schuljahr für Kinder mit Beeinträchtigungen und psychischen Belastungen muss eingeführt werden. Selbstverständlich muss dabei auch die qualitätsvolle ganztägige Betreuung garantiert werden.

Unsere Forderung nach einer gemeinsamen Schule aller, zumindest für die Zeit der Pflichtschule, ist alt und darf an dieser Stelle nicht fehlen.

Inklusion muss auch in höheren Schulen möglich sein!

- Ebenso fordern wir die Aufwertung der Elementarpädagogik
- Das Modell der Mehrstufenklassen muss nicht nur erhalten, sondern auch ausgebaut werden, denn sie bieten die Grundstruktur für gelingende Inklusionsprozesse.

- Die Verpflichtung zur Beurteilung mit Ziffernnoten muss wieder aufgehoben werden. Ziffernnoten können weder individuellen Lernzuwachs abbilden noch ermöglichen sie den Lernenden eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Leistung.
- Der eklatante Personalmangel im Bildungswesen war absehbar und hat unterschiedliche Ursachen, er geht aber auch auf mangelnde Wertschätzung der Pädagog:innen zurück. Wir fordern ein Recht auf Stundenreduktion, Sabbatical und Supervision, auch im Sinne der Burnout-Prophylaxe in unserem psychisch fordernden Beruf.
- Quereinsteiger:innen und in den öffentlichen Dienst übernommene Berufsgruppen (außerhalb der Initiative „Klasse Job“) brauchen angemessene Bezahlung und realistische Möglichkeiten einer Nachqualifizierung inklusive der Anrechnung aller Vordienstzeiten aus andern Bereichen. Ohne sie wäre das Bildungssystem heute schon nicht aufrecht zu erhalten.
- Mehr Menschen mit Behinderungen müssen an den Schulen angestellt werden, der Öffentliche Dienst soll endlich eine Vorreiterrolle in gelebter Inklusion einnehmen! Viele administrative Tätigkeiten und als Büroassistenten zusätzlich zu den obligaten administrativen Kräften an jeder Schule.
- In der Ausbildung soll der Schwerpunkt wieder stärker auf der Praxis liegen und Studierende, die bereits an Schulen arbeiten, müssen deutliche Erleichterungen im Studium zugestanden werden. Im derzeitigen System brennen viele junge, motivierte Menschen aufgrund der Doppelbelastung bereits vor dem Ende des Studiums aus.
- *„Wir erkennen das Recht der Kinder auf Vergnügen an, welches immer schon von der Schule verdrängt und als etwas Ungeheuerliches angesehen wurde...“*
In ganztägigen Schulformen verbringen Kinder auch ihre nicht unterrichtliche Zeit an der Schule. Freizeit ist ein Kinderrecht! Freizeitpädagogik muss als solche erhalten bleiben! Freizeitpädagog:innen sollen für qualitätsvolle Freizeitgestaltung zuständig sein und nicht als unterbezahlte Verantwortliche für Unterricht, Ergänzungsübungen und Ähnliches eingesetzt werden. Jedes Schulhaus braucht eigene Räume für Freizeit und entsprechende Gruppengrößen.
- Die Abschaffung der Deutsch-Segregationsklassen (vulgo Deutschförderklassen) muss endlich durchgesetzt werden. Die Unsinnigkeit dieser Klassen wurde schon mehrfach wissenschaftlich nachgewiesen. Um Ghettoisierung zu verhindern, müssen Schüler:innenströme nach sozialen Kriterien gelenkt werden, nicht nur nach dem Wohnort. Die soziale Durchmischung aller Schulen wäre ein wichtiges Ziel im Sinne von „urban diversity“.
- Mehrsprachigkeit muss mehr denn je als Chance und Bereicherung anerkannt werden. Dafür braucht es eine Aufwertung der Erstsprachenförderung.
- Wir fordern österreichweite Transparenz im Bildungsbereich. Föderalismus in den grundlegenden Themen des Bildungswesens wird die dringend notwendigen Adaptierungen nur immer weiter verzögern.

Schule darf kein Austragungsort für ideologische Grabenkämpfe sein. Wer die Bildungsziele des neuen Lehrplans einhalten will, wird erkennen: Nur eine inklusive gemeinsame Schule kann ein Ort zur Entwicklung einer gemeinsamen Orientierung für eine bessere Zukunft aller Menschen, die hier leben, sein.

In Erwartung Ihrer geschätzten Stellungnahme, Kontakt: office@freinet.at



Barbara Knabl,

Obfrau der Kooperative Freinet Österreich eV

im Namen der Vollversammlung der Tagungsteilnehmer:innen am 26.3.2024